

1. Der Kalte Krieg war nicht nur ein internationaler, sondern auch ein nationaler und gesellschaftlicher Konflikt innerhalb der beteiligten Staaten. In Bezug auf das geteilte Deutschland überlagerten sich Außen- und Binnenkonflikt, verstärkten und begrenzten einander, schufen aber auch neue politische Handlungsmöglichkeiten. Treibende Kraft des Kalten Krieges in der Bundesrepublik war der Antikommunismus. Eine national (Weimar, NS-Zeit, Bundesrepublik) und international (z.B. USA) vergleichende Betrachtungsweise eröffnet neue Perspektiven. Antikommunismus erscheint danach nicht nur als ein Produkt des weltpolitischen Konflikts nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern als ein wesentlicher Bestandteil der deutschen politischen Kultur im 20. Jahrhundert.
2. Wie der Kommunismus selbst ist auch der Antikommunismus Folge eines beschleunigten gesellschaftlichen und politischen Wandels im Zeichen von Krieg, Revolution und deren Folgen. Während der amerikanische Antikommunismus gleichsam auf die „positiven“ Folgen von Krieg und Revolution in Europa (Sieg und Machtzuwachs der USA, wirtschaftliches Wachstum und sozialer Aufstieg) reagiert, reagiert der deutsche Antikommunismus auf die „negativen“ Folgen von Krieg und Revolution (Niederlage und Machtverlust des eigenen Landes, wirtschaftliche Not, sozialer Abstieg). Beiden Antikommunismen geht es darum, dem drohenden Verlust nationaler Integrität und Identität aufgrund des beschleunigten gesellschaftlichen Wandels durch Identifizierung eines inneren und äußeren Feindes entgegenzuwirken.
3. Antikommunismus in den USA ist ein gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozess über die Bedrohung des „American Way of Life“ als Grundlage nationaler Größe, Einheit und Identität. (Mergel, Thomas, „The Enemy in Our Midst“. Antikommunismus und Amerikanismus in der Ära McCharthy, in: ZfG 51 (2003), S. 237-261) Antikommunismus in Deutschland ist Ausdruck und Folge nationaler Hybris und nationaler Selbstzerstörung und dadurch bedingten Verlustes nationaler Größe, Einheit und Identität. Der Wunsch nach Wiederherstellung nationaler Identität ist Ausdruck und Ziel eines sinnstiftenden Verarbeitungsprozesses existentieller Not, Angst und Bedrohung in Abgrenzung zum Kommunismus und im Kampf gegen die Sowjetunion, dem größten inneren und äußeren Feind und Verursacher der nationalen Katastrophe der Deutschen. Der Antikommunismus und der Kampf gegen den Kommunismus bis zu seiner endgültigen Zerstörung ist ein wesentlicher Bestandteil des deutschen Nationalismus im 20. Jahrhundert.

4. Kennzeichnend für den Antikommunismus ist eine dichotomische Sicht, die Einteilung in gut und böse, rein und unrein, gesund und infektiös, höherwertig und minderwertig, kulturell und kulturlos usw. Im Amerikanismus ist eine solche Zweiteilung eher religiös, in der deutschen politischen Kultur von Weimar bis Bonn vielfach rassistisch begründet. Der Antikommunismus in Deutschland weist enge Bezüge zum Antisemitismus auf, geht in der NS-Zeit sogar in ihm auf. (Jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung) Während es in den USA darum geht, die Nation von der kommunistischen Infektion zu befreien und Amerika im religiösen Sinne so „rein wie möglich“ zu machen, muss in der Bundesrepublik die KPD trotz ihrer politischen Bedeutungslosigkeit verboten werden, weil sie „ein gefährlicher Infektionsherd im Körper unseres Volkes“ ist, „der Giftstoffe in die Blutbahn des staatlichen und gesellschaftlichen Organismus der Bundesrepublik sendet.“ (Staatssekretär Ritter von Lex im KPD-Prozess 1956)

5. Der deutsche Antikommunismus nach 1945 ist entscheidend geprägt vom Antikommunismus der Weimarer- und NS-Zeit, von der Hoffnung auf Vernichtung des Bolschewismus im Zweiten Weltkrieg und der Erfahrung der bitteren Niederlage im Kampf gegen die „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“. Der Bolschewismus war nicht „ausgerottet“, sondern stand mit seiner siegreichen Armee in Deutschland. Während „die Vernichtung des sowjetisch-kommunistischen Regimes“ nach Ansicht deutscher Strategen der psychologischen Kriegführung jetzt Sache der Amerikaner war, hatte die Bundesrepublik im Rahmen dieser Gesamtstrategie das besondere Ziel, „die Befreiung der SBZ durch Räumung dieses Gebiets von der sowjetischen Besatzungsmacht zu erreichen“ und „eine günstige Entscheidung über die künftige Grenzziehung im Osten jenseits der Oder-Neiße vorzubereiten“. (Staatssekretär Thedieck, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 3.12.1952)

6. Antikommunismus zielt auf die Mobilisierung und Radikalisierung der Gesellschaft aus der Mitte heraus. Wichtigstes politisches Mittel ist die Mobilisierung von Ängsten. Antikommunismus ist Ausdruck und Verstärker einer großen Angst, der Angst vor der „roten Gefahr“, der Angst vor Vergeltung, der Angst vor dem endgültigen Sieg des Kommunismus auch im Westen Deutschlands. Im Unterschied zu den USA war in Deutschland nicht die vom Krieg ermattete Gesellschaft die eigentlich handelnde und treibende Kraft, sondern der neu gegründete Staat. Es war der Staat, der im Kampf gegen den Kommunismus mobilisierte, überwachte und verfolgte. Wenn Wachsamkeit, Abwehrbereitschaft und Widerstandsfähigkeit nachlassen, "müssen sie unablässig wachgerüttelt, wiederbelebt, gestärkt werden. Das ist eine Aufgabe, die unendlich schwierig und zugleich in hohem Grade unpopulär ist. Sie ist in erster Linie den Politikern gestellt, uns allen, die wir in der Bundesrepublik, im unmittelbaren Vorfeld des weltrevolutionären Kommunismus, zu wirken haben." (Bundesinnenminister Schröder, 1961)

7. Der Antikommunismus war die entscheidende gesellschaftliche und politische Kraft, die dem Prozess der Staatswerdung der Bundesrepublik Richtung, Dauer und Legitimität verlieh. Es war der Antikommunismus, der den Prozess der Staatswerdung beschleunigte, politische Alternativen ausschloss, neue Handlungsmöglichkeiten, Freiräume und Perspektiven gegen die Folgen der Niederlage eröffnete. Er diente der Sammlung und Integration der nicht kommunistischen Kräfte und der Ausgrenzung und Verfolgung der Kommunisten und solcher, die man dafür hielt. Der Antikommunismus war Ausdruck der Angst und daraus resultierend des Wunsches nach Sicherheit in einem starken Staat. Der staatliche Antikommunismus verknüpfte individuelle Ängste, politisch-kulturelle Prägungen, gesellschaftliche Erwartungen und politisches Handeln gegen vermeintliche oder tatsächliche Bedrohungen durch die Außen- und Deutschlandpolitik der Sowjetunion, das „Marionettenregime“ der SED und die KPD als „fünfter Kolonne Moskaus“.

8. Der Antikommunismus hat die politische Struktur und Kultur der Bundesrepublik nachhaltig geprägt. Dies gilt insbesondere für den Prozess der Staatswerdung des westdeutschen Teilstaats, die Durchsetzung der Westintegration, den Aufbau eines nach innen und außen starken Staates, das Verhältnis von Staatsschutz und Grundrechten, die Überwachung und Verfolgung politischer Gesinnung, die Vertiefung der Teilung durch Abgrenzung gegenüber der DDR, aber auch für die Nicht-Aufarbeitung und Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und des Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion, schließlich für den Liberalisierungs- und Reformdruck der Sechzigerjahre und die die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

9. Der Antikommunismus der Bundesrepublik ist nicht nur ein Reflex des Kalten Krieges, sondern prägender Bestandteil der Nationalismus der Deutschen von der Weimarer Republik über die NS-Diktatur bis zur Bundesrepublik und teils über das Ende der DDR hinaus. Für die in ihrer Identität durch die Umbrüche von 1918, 1933 und 1945 verunsicherten Deutschen bildete der Antikommunismus eine „ungebrochene Konstante deutscher Geschichte und damit einen Bereich, der ihnen eine positive Bezugnahme auf ihre nationalsozialistische Vergangenheit erlaubte“. Mit Blick auf die inzwischen gut erforschten Modernisierungs- und Liberalisierungsprozesse in der Gesellschaft der späten Fünfziger- und Sechzigerjahre ergibt sich „das Bild einer sich zugleich modernisierenden und (regressiv) regenerierenden Gesellschaft“. Garbe, Detlef, Äußerliche Abkehr, in: Schildt/Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau, S.712.

10. Die Geschichte des Antikommunismus der Deutschen ist noch nicht geschrieben. Die verschiedenen Formen, Ziele, Methoden und Funktionen sind bislang unzureichend, für die Bundesrepublik fast gar nicht untersucht. Der Antikommunismus war nicht nur ein deutsches Phänomen, so dass auch vergleichende internationale Forschungen angesagt sind. Darüber hinaus braucht die Antikommunismus-Forschung dringend eine vergleichende interdisziplinäre

Perspektive und Zusammenarbeit. Der Antikommunismus hat alle Bereiche der Gesellschaft geprägt und durchdrungen, vom Staat über die Gerichte, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen, Medien, Verbände, Kirchen, Vereine, Jugend und Schule bis zu Kultur und Wissenschaften. Angesichts der großen, prägenden und strukturbildenden Bedeutung des Antikommunismus als zentraler Bestandteil des deutschen Nationalismus im 20. Jahrhundert bedarf er dringend vertiefter empirischer und vergleichender Erforschung, auch im Hinblick auf den Antikommunismus in liberal-demokratischen und kommunistischen Ländern. Große Quellenbestände in Bundes- und Landesarchiven warten auf Bearbeitung und Auswertung.